

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

322

Wien, am 30. Oktober 1934.

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 1933.

Der Bürgermeister der Stadt Wien hat dem Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft die Jahresrechnung der Stadt für das Jahr 1933 zur Vorberatung übermittelt. Die Einnahmen betragen unter Ausscheidung der Verrechnungsposten 342,183.589 Schilling gegenüber veranschlagten Einnahmen von 358,236.850 Schilling. Die Ausgaben beliefen sich auf 353,746.370 Schilling gegenüber einer Annahme von 359,920.500 Schilling. Der tatsächliche Abgang betrug somit 11,562.781 Schilling, während der Voranschlag nur mit einem Abgang von 1,683.650 Schilling gerechnet hatte.

Der Verlauf des Jahres 1933 zeigte somit bereits sehr deutlich eine Schwächung der Finanzen der Stadt Wien. Die Ursachen hierfür sind verschiedener Natur. Vor allem wirkte sich der für die Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben getroffene Finanzausgleich des Jahres 1931 viel ungünstiger aus, als zur Zeit seiner Vereinbarung angenommen wurde. Damals, zu Ende des Jahres 1930 und zu Beginn des Jahres 1931, wurde noch von jener Höhe der Ertragsanteile ausgegangen, die Wien tatsächlich im Jahre 1930 erhalten hat. Laut Rechnungsabschluss 1930 betragen die Einnahmen aus diesem Titel einschliesslich der Erbgebührensuschläge rund 139 Millionen Schilling. Die Opfer, die Wien in der ab 1. Jänner 1931 geltenden Neuordnung auferlegt werden sollten, wurden mit rund 28 Millionen Schilling geschätzt. Wien hätte also bei Richtigkeit der Annahmen, von denen man bei den Verhandlungen ausgegangen ist, noch immer mit Ertragsanteilen in der Höhe von über 100 Millionen Schilling rechnen können. Dazu kam, dass zu jener Zeit noch eine gesetzliche Garantie für diese Einnahmen in Kraft stand, derzufolge ein Herabgleiten der Ertragsanteile unter einen Betrag, den die Stadt Wien mit rund 91 Millionen Schilling errechnet hatte, ausgeschlossen war. In Wirklichkeit aber trat in den Jahren 1930 bis 1933 ein starkes Sinken der gemeinsamen Abgaben und damit ein rapider Verfall der Ertragsanteile ein. Wäre der Finanzausgleich des Jahres 1931 nicht erfolgt, so hätte Wien noch immer Ertragsanteile in der Höhe von rund 66 Millionen Schilling erhalten, auch wenn man die zufolge der Garantie zu erwartenden Ergänzungszahlungen vernachlässigt. Tatsächlich aber erhielt die Stadt Wien 1933 nach Abzug der im Vorjahr erhaltenen Ueberzahlungen bloss rund 49 Millionen Schilling, sonach mit Einrechnung der gesetzlichen Garantie, die einen Bestandteil des Finanzausgleiches bildete, um rund 40 Millionen Schilling weniger, ohne Garantie noch immer um rund 17 Millionen Schilling weniger. Gegenüber dem tatsächlichen Eingang im Jahre 1930 in der Höhe von rund 139 Millionen Schilling einschliesslich der Erbgebührensuschläge bedeutet der tatsächliche Eingang im Jahre 1933 einen Verlust von rund 90 Millionen Schilling. Verschärft wurde die finanzielle Situation der Stadt Wien durch den mit einer Verordnung der Bundesregierung auferlegten Lastenausgleich in der Höhe von je 36 Millionen Schilling für die zwei Jahre 1933 und 1934. Gleichzeitig bewirkten dieselben Umstände, die für das Herabsinken der Bundeseinnahmen massgebend waren, auch einen starken Rückgang der eigenen Landes- und Gemeindeabgaben. Dieser wurde noch verstärkt durch verschiedene Massnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiete des Abgabewesens. Während der Voranschlag für 1933 noch mit Einnahmen von insgesamt 166'4 Millionen Schilling rechnete, betragen die wirklichen Einnahmen nur mehr 151'5 Millionen Schilling. Eine weitere Schmälerung der Einnahmen brachte die Anordnung der Bundesregierung mit sich, dass mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1933 auch in Wien die Bundesabgaben durch eigene Organe der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Bundesregierung einzuheben sind, für welche Tätigkeit die Stadt Wien bis zu diesem Zeitpunkt eine Vergütung in der Höhe von 3 Prozent der eingehobenen Beträge erhielt. Wien erlitt dadurch einen Ausfall von 2¼ Millionen Schilling, ohne dass die Möglichkeit bestanden hätte, die Ausgabenseite durch Abbau des für die Steuereinhebung verwendeten Personales im gleichen Masse herabzusetzen. Aber auch die Einnahmen einzelner städtischer Betriebe zeigen eine fallende Tendenz.

Diese Minderung der Einnahmen konnte nur zum Teil durch eine Drosselung der Ausgaben wettgemacht werden. Während noch im Jahre 1930 die Ausgaben ohne Wertdurchführungen rund 461'8 Millionen Schilling betragen, weist der Rechnungsabschluss 1933 Ausgaben nur mehr in der Höhe von rund 353'7 Millionen Schilling auf. Diese Gegenüberstellung zeigt somit in dieser kurzen Spanne Zeit eine Senkung der Ausgaben um mehr als 23 Prozent. Obwohl die Voranschlagsan-^{sätze} für die Ausgaben im Jahre 1933 bereits unter Bedachtnahme auf die geschwächte Wirtschaftskrise der Bevölkerung ermittelt worden waren, mussten dennoch weitere Sparmassnahmen verfügt werden. Diese Abordnungen geben auch die Erklärung für die Abweichungen der Ausgaben ziffern des Rechnungsabschlusses gegenüber den Annahmen des Voranschlages. Vor allem wurde der Personalaufwand beträchtlich verringert und ab Juni die Ausgaben für den Wohnhausbau auf die Fertigstellung begonnener Bauten eingeschränkt.

Zur Ermöglichung einer halbwegs ausgeglichenen Wirtschaft wurden die Einnahmen durch ausserordentliche Massnahmen gehoben. So wurden die städtischen Unternehmungen in erhöhtem Ausmasse zu Beitragsleistungen (+ 30 Millionen Schilling) herangezogen, in früheren Jahren gebildete Rücklagen bei der Wohnhäuserverwaltung (10'5 Millionen Schilling) und bei den Märkten und Schlachthöfen (0'4 Millionen Schilling) aufgelöst, die Zweckwidmung der Eingänge der Wasserkraftabgabe aufgelassen und schliesslich eine Kapitalsabfuhr der Granitwerke Mauthausen (0'5 Millionen Schilling) verfügt.

Einzelheiten der Jahresrechnung.

Die eigenen Abgaben, einschliesslich der Zuschläge zu den Bundesgebühren, die Hauptquelle der städtischen Einnahmen, waren unter Bedacht auf die sinkende Steuerkraft der Bevölkerung für 1933 mit 166,412.000 Schilling veranschlagt worden gegenüber einer Spitzenleistung von rund 210,500.000 Schilling im Jahre 1929. Der tatsächliche Ertrag war aber nur 151,507.000 Schilling, also um rund 15 Millionen Schilling weniger.

Die nachstehende Tabelle zeigt das Zurückbleiben einzelner

Abgaben!	veranschlagt Schilling:	tatsächlich vorge- schrieben Schilling:
Fürsorgeabgabe.....	55,000.000	47,402.810
Lustbarkeitsabgabe.....	13,500.000	10,018.240
Nahrungs oder Genussmittel- abgabe.....	7,000.000	4,661.700
Fremdenzimmerabgabe.....	2,400.000	2,004.150
Plakat- und Inseratenabgabe.	3,100.000	2,599.750
Hauspersonalabgabe.....	1,100.000	866.140
Wertzuwachsabgabe.....	8,500.000	5,966.030
Feuerversicherungsbeiträge.	3,800.000	3,372.680
Bierverbrauchsabgabe.....	9,800.000	7.600.920
Zuschläge zu Bundesgebühren	3,775.000	3,516.510

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Die grösste Mindereinnahme weist die Fürsorgeabgabe auf. Trotz vorsichtiger Schätzung (im Jahre 1930 war ihr Ertrag über 75 Millionen Schilling) war der Erfolg um rund 7'6 Millionen Schilling kleiner. Dies entspricht einem Rückgang des fürsorgeabgabepflichtigen Lohnneinkommens um rund 200 Millionen Schilling.

Bei den Realsteuern wurden bei veranschlagten 51,680.000 Schilling infolge Nachbemessungen Mehreinnahmen von rund 5 Millionen Schilling erzielt. Die Wasserkraftabgabe, die Verwaltungsabgaben und verschiedene kleinere Abgaben hielten sich im präliminierten Rahmen von rund 6 3/4 Millionen Schilling.

Die Erträgnisse aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben blieben gegenüber dem Voranschlag um 37'4 Millionen Schilling zurück. Auf die Ursachen wurde bereits ausführlich hingewiesen.

Die mit mehr als 10 Millionen Schilling veranschlagten Hypotheken auf Grund des Wohnauförderungs- und Mietengesetzes wurden nur mit einem Betrag von 8,668.747 Schilling in Anspruch genommen. Die Erträgnisse des beweglichen und unbeweglichen Vermögens hielten sich mit rund 16 Millionen Schilling ungefähr in der Höhe des Voranschlages. Die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen (Märkte, Friedhöfe, Kanäle, Platzgelder und so weiter) erreichten gleichfalls den Voranschlagsansatz von rund 16 Millionen Schilling. Hingegen blieben die Verpflegskostenersätze und verschiedene andere Beiträge im Wohlfahrtswesen hinter den Annahme von 7 Millionen Schilling um 1 Million Schilling zurück.

Die Einnahmen der städtischen Betriebe (Wasserversorgung, Bäder, Lagerhäuser und kleinere Hilfsbetriebe) ergaben ein Erträgnis von rund 20 Millionen Schilling, das ist um 1 Million Schilling weniger, als veranschlagt war. Von dieser Mindereinnahme entfallen nicht weniger als 800.000 Schilling auf den Bäderbetrieb, bei dem eine allgemeine Abwanderung von den teureren Bädertypen zu den billigeren festzustellen war.

Die sonstigen Einnahmen (Ersätze für Verwaltungsleistungen, Pensionsbeiträge der Angestellten, Verkaufserlöse etc.) blieben mit insgesamt rund 14 Millionen Schilling im Rahmen des Voranschlages.

Bezüglich der Ausgaben wurde bereits bemerkt, dass schon bei ihrer Veranschlagung auf das schärfste gedrosselt wurde. So waren beispielsweise für Investitionen, die in den Jahren vor der Krise im Durchschnitt pro Jhrrund 120 Millionen Schilling, das ist mehr als ein Drittel der gesamten Aufwendungen beansprucht haben, für 1933 einschliesslich der Wohnhausbauten nur mehr rund 47 Millionen Schilling vorgesehen, das sind 13 Prozent der gesamten Ausgaben.

Für das Wohlfahrtswesen waren 106,734.590 Schilling präliminiert, der tatsächliche Aufwand betrug 103,332.000 Schilling.

An grösseren Abweichungen gegen den Voranschlag wären hiebei zu erwähnen:

Die Erhaltungsbeiträge, Sack- und Geldaushilfen der offenen Armenpflege erforderten zu den veranschlagten 17'5 Millionen Schilling mit Rücksicht auf die fortschreitende Verelendung einen Zuschuss von einer Million Schilling. Die Anstaltspflege, welche rund 31 Millionen Schilling erforderte und, abgesehen vom Obdachlosenheim, einen durchschnittlichen Tagesstand von 17.100 Personen umfasste, ergab unter Berücksichtigung der Kürzungen beim Personalaufwand Minderausgaben von 4 Millionen Schilling, dagegen brachte die rückwirkend verfügte Erhöhung der Spitalverpflegskosten eine unvorhergesehene Mehrbelastung von rund 2'5 Millionen Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am.....

Die zweitgrösste Ausgabe bildete das Schulwesen. Für diesen Verwaltungszweig, der im Jahre 1930 noch 83'6 Millionen Schilling verwenden konnte, waren 76 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon konnten rund 6 Millionen Schilling (davon rund 5 Millionen Schilling beim Personalaufwand) erspart werden.

Die technischen Angelegenheiten (Strassen, Bäder, Gärten, Wasserversorgung, Kanäle etc.) erforderten rund 47 Millionen Schilling (veranschlagt 49 Millionen Schilling), die Wohnhäuserverwaltung einschliesslich Zuschüsse zu Mietzinsen 12 Millionen Schilling (veranschlagt 13 Millionen Schilling), das Approvisionnementwesen (Märkte, Schlachthöfe, Lagerhäuser) 10 Millionen Schilling (veranschlagt 12 Millionen Schilling) und die Feuerwehr 6'6 Millionen Schilling (veranschlagt 7 Millionen Schilling).

Der Anlehensdienst erforderte zufolge des Rückganges des Dollarkurses und der sich günstig auswirkenden Tilgungsmöglichkeit durch freihändigen Rückkauf statt 23 Millionen Schilling bloss 19 Millionen Schilling.

Der gesamte Personalaufwand war mit 180,801.450 Schilling veranschlagt. Dies bedeutete gegenüber dem bisherigen Höchstaufwand im Jahre 1930 von rund 193 Millionen Schilling eine Verminderung von 6 Prozent. Tatsächlich wurden im Berichtsjahr nur 166,835.620 Schilling ausbezahlt. Davon entfallen 118,950.370 Schilling auf Aktivbezüge, 44,422.400 Schilling auf eigene Pensionen und 3,462.850 Schilling auf Pensionslasten aus dem Titel des Trennungsgesetzes vom 29. Dezember 1921. Das Ersparnis beträgt sonach rund 14 Millionen Schilling oder fast 8 Prozent. Gegenüber dem Jahre 1930 fielen die Personallasten um 14 Prozent. Der Stand der aktiven Angestellten ist von 22.971 Personen am 31. Dezember 1932 auf 21.388 Personen am 31. Dezember 1933 gefallen. Im gleichen Zeitraume ist die Zahl der Pensionsparteien von 11.031 auf 12.045 gestiegen. Der gesamte Personalstand ist somit im Berichtsjahr von 34.002 auf 33.433 Personen gesunken.

Die Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Gleichzeitig mit dem Rechnungsabschluss hat der Bürgermeister die von den Direktoren der städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahnen, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung) vorgelegten Bilanzen des Jahres 1933 dem Haushaltausschuss zur Beratung übermittelt. Auch sie zeigen die Folgen der Wirtschaftskrise.

Gaswerke.

Die Gaserzeugung war im Jahre 1933 um 4'27 Prozent kleiner als im Vorjahre; die verkaufte Gasmenge (rund 282'5 Millionen Kubikmeter) blieb um 3'32 Prozent gegen das Vorjahr zurück. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ist die jährliche Gasabgabe von 158'60 im Jahre 1932 auf 153'34 Kubikmeter im Berichtsjahre zurückgegangen. Beim Absatz der Nebenprodukte konnten im allgemeinen die Vorjahrspreise erzielt werden.

Das Geschäftsjahr schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von 5'4 Millionen Schilling, beziehungsweise infolge vorzeitiger Abschreibungen auf Grund des Investitionsbegünstigungsgesetzes mit einem Gebarungsüberschuss von 3'3 Millionen Schilling.

Elektrizitätswerke.

Der Strombedarf ist im Berichtsjahre um rund 24'5 Millionen Kilowattstunden, das ist um rund 4'87 Prozent geringer gewesen als im Vorjahre. Von dem Bedarfe sind 72 Prozent (gegen 62'7 Prozent) durch Wasserkraftstrom, 23'8 Prozent (gegen 29'4 Prozent) aus Inlandskohle und nur 4'2 Prozent (gegen 7'9 Prozent) aus ausländischer Kohle erzeugt worden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Aus inländischen Energiequellen stammten somit 95'8 Prozent (gegen 92'1 Prozent des Strombedarfes.

Die verkaufte Strommenge ist um rund 15 Millionen Kilowattstunden, das ist um 4'19 Prozent (im Vorjahre 6'8 Prozent) geringer gewesen als im Jahre 1932. Die Zahl der angeschlossenen Zähler ist um 8.639 angestiegen und hat mit Ende des Berichtsjahres 668.393 Zähler betragen.

Die Bilanz weist einen Gebarungsüberschuss von rund Schilling 5,149.000 aus. Bei Berücksichtigung der vorzeitigen Abschreibungen nach dem Investitionsbegünstigungsgesetze ergibt sich ein bilanzmässiger Gebarungsüberschuss von rund 3,859.000 Schilling.

Strassenbahnen.

Der in den letzten Jahren verzeichnete Rückgang in der Personenbeförderung auf der Strassenbahn und Stadtbahn hat im Jahre 1933 eine weitere Verschärfung erfahren. Er betrug gegenüber dem Vorjahre 10'4 Prozent. Die Zahl der Beförderungsfälle auf Strassenbahn und Stadtbahn ist von 523'8 Millionen auf 469'2 Millionen zurückgegangen. Die Wagenkilometerleistung ist im Berichtsjahre gegen das Vorjahr um 5'5 Prozent gesunken.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung der Strassenbahn und Stadtbahn haben 108'55 Millionen Schilling betragen, das ist eine Mehreinnahme von rund 3'2 Prozent gegenüber dem Wirtschaftsplane, und zwar als Folge der am 1. März des Berichtsjahres erfolgten Erhöhung der Preise der verbilligten Fahrausweise.

Im Autobusbetrieb ist die Zahl der beförderten Fahrgäste im Berichtsjahr um 22'2 Prozent gegenüber dem Jahre 1932 und die Einnahme um 8'8 Prozent zurückgegangen.

Das Geschäftsjahr schliesst mit einem Gebarungsabgang von 13'9 Millionen Schilling. Bei Hinzurechnung der vorzeitigen Abschreibungen ergibt sich der in der Bilanz ausgewiesene Gebarungsabgang von 15'3 Millionen Schilling.

Brauhaus.

Der Bierabsatz ist gegen das Vorjahr um 25'5 Prozent geringer gewesen. Dieser Ausfall, der in der gesamten österreichischen Brauindustrie verzeichnet wurde, ist hauptsächlich auf die allgemein ungünstige Wirtschaftslage und die anhaltend billigen Weinpreise zurückzuführen.

Die Biererzeugung ist um 63:846 Hektoliter geringer gewesen als im Vorjahre.

Der erzielte Gebarungsüberschuss beträgt 200.154 Schilling gegen 404.000 Schilling im Vorjahre.

Leichenbestattung.

Die Sterblichkeit war in Wien im Jahre 1933 fast ebenso gross wie im Jahre 1932.

Die Einnahmen der städtischen Leichenbestattung sind im Berichtsjahre um 5'21 Prozent geringer gewesen als im Vorjahre. Durch äusserste Sparsamkeit ist es aber gelungen, die Ausgaben um 4'48 Prozent zu verringern.

Die Zahl der kostenlos durchgeführten Leichenbegängnisse betrug im Berichtsjahre 14'5 Prozent aller von der städtischen Leichenbestattung allein ausgeführten Bestattungen gegen 13'6 Prozent im Jahre 1932 und 12'3 Prozent im Jahre 1931.

Diese Ziffern beweisen die von Jahr zu Jahr wachsende Verar-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am.....

mung der Bevölkerung.

Der Gebarungsüberschuss beträgt rund 161.000 Schilling gegen rund 220.000 Schilling im Vorjahre.

Ankündigungsunternehmung.

Die Reklamebranche bekam die Verschlechterung der Wirtschaftslage schwer zu spüren; besonders aber die Gewerbesperre, die ja den Zuzug von Anfängerfirmen unterbindet und auch der alten Kundschaft den Antrieb zu regerer Werbetätigkeit nimmt. So erklärt sich der Rückgang des Umsatzes dieser Unternehmung um rund 19 Prozent.

Die Bilanz weist einen Gebarungsüberschuss von rund 85.000 Schilling aus.

Sowohl der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien als auch die Bilanzen der städtischen Unternehmungen wurden vom Kontrollamte und vom Rechnungshof geprüft. Die Berichte der beiden Aemter über die bei der Kontrolle gemachten Wahrnehmungen werden den Mitgliedern der Wiener Bürgerschaft bei der Beratung über die Ergebnisse des Jahres 1933 zur Verfügung stehen.
